Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Gefangene eigener Narrative
2. Deutschland ist zurück – woher eigentlich?
3. Verlogen und verloren
4. Bomben und Deportationspläne
5. »Man will an mir ein Exempel statuieren«
6. Die USA im Nahen Osten: Die Hölle für jedermann
7. Heda, Grüne & Umweltschützer, haben wir das jetzt richtig verstanden?
8. „Die Embargos werden fallen"
9. Politikwissenschaftler Jungherr: „Warnungen vor Desinformation als große Gefahr für die Demokratie sind übertrieben"
10. Die Wissenschaften fünf Jahre nach Corona

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gefangene eigener Narrative**
   Auch wenn Donald Trump kein lupenreiner Pazifist ist — Europa sollte sich seinen Friedensbemühungen nicht trotzig verweigern.
   „Wir stehen fest auf der Seite der Ukraine. Nur ein ukrainischer Sieg wäre eine gerechte Grundlage für einen Frieden. Mit einem wie Putin kann man nicht verhandeln. Jedes Entgegenkommen gegenüber Russland wäre gefährliche

Appeasement-Politik, die zur Folge hätte, dass russische Soldaten demnächst in Brandenburg stehen.“ Mit diesen und ähnlichen Narrativen blockieren sich die EU-Länder derzeit selbst. Sie riskieren auf diese Weise aus Sturheit und Uneinsichtigkeit, einen Frieden zu verpassen, der vielleicht schon auf dem Weg ist. Mehr europäische Eigenständigkeit — das bedeutet für viele EU-Politiker, immer das genaue Gegenteil dessen zu fordern, was Donald Trump will. Und zwar auch dann, wenn der US-Präsident recht hat. Dabei steht außer Frage, dass man gegen Trump einiges einwenden kann. Sein Umgangston, ebenso wie manche seiner politischen Vorschläge, erscheinen inakzeptabel. Dennoch ist es natürlich ein fataler Fehler, dass Europa nach dem Motto verfährt: lieber einem sympathischen Politiker in den Krieg folgen als einem unsympathischen in den Frieden.
Quelle: Georg Rammer in Manova

dazu auch: **“Hier kommt das Magazin rein, merkt euch das!”**
In einer Aula in einem Gymnasium rund eine Autostunde von der lettischen Hauptstadt Riga entfernt knien Schülerinnen in einer Reihe auf Turnmatten. In den Händen hält jede von ihnen ein Gewehr. Ausbilderin Sandra Skromane zeigt ihnen, wie sie damit umgehen: “Hier kommt das Magazin rein, merkt euch das!” An diesem Tag sind keine Patronen in den Waffen, zur Sicherheit. Erst einmal sollen die Jugendlichen lernen, wie so eine Schusswaffe aufgebaut ist und wie man sie bedient. Der Verteidigungsunterricht für Oberstufenschüler ist an dem Gymnasium in Sigulda schon seit einigen Jahren Alltag. Und seit diesem Schuljahr für alle zehnten und elften Klassen in ganz Lettland Pflicht. Für Schuldirektor Rudolfs Kalvans ist es in der aktuellen Weltlage eine Notwendigkeit, Schülerinnen und Schüler an der Waffe auszubilden. “Um den Frieden zu sichern, müssen alle mit anpacken”, sagt Kalvans. “Indem wir auch schon junge Menschen trainieren, senden wir das Signal, dass es hier nichts zu holen gibt. Alle sind bereit.”
Quelle: tagesschau

Anmerkung unseres Lesers A.S.: *In Lettland werden Zehnt- und Elftklässler verpflichtend in den Verteidigungsunterricht geschickt und im Bericht wird das in keiner Weise in Frage gestellt. Bei der tagesschau ist man wirklich vollkommen in der Zeitenwende angekommen.*

und: **Ukraine, Aufrüstung, Migration: Risse in der EU werden tiefer**
Nach außen präsentiert sich die EU einig. Doch in Wahrheit werden die Risse immer tiefer – und das nicht nur bei der Ukraine.
Ukraine: Ungarn ist wohl endgültig raus. Regierungschef V. Orban will keine weiteren Finanz- oder Militärhilfen mehr mittragen, denn er setzt auf Frieden. Deshalb muß die

EU nun mit einer “Koalition der Willigen” arbeiten. Doch auch die bröckelt.
Friedenstruppen: Sie werden von einer “Koalition der Willigen” um Frankreichs Macron und Briten-Premier Starmer vorbereitet. Doch nach Deutschland und Polen schert nun auch Italien aus. Auch die USA spielen nicht – dabei setzt Starmer auf ihre Hilfe.
Aufrüstung: Den Regierungen in Rom, Madrid und Lissabon geht die Fokussierung der EU-Kommission auf Aufrüstung, aber auch die Schreckensszenarien eines möglichen russischen Angriffs zunehmend auf die Nerven. Sie fühlen sich nicht bedroht.
Quelle: Lost in Europe

2. **Deutschland ist zurück – woher eigentlich?**
Union, SPD und Grüne haben sich auf eine Reform der Schuldenbremse und ein Sondervermögen für Infrastruktur geeinigt. Friedlicher wird die Welt dadurch nicht werden, glaubt Ole Nymoen.
»Deutschland ist zurück«, das erklärte Friedrich Merz am Freitagnachmittag der Weltöffentlichkeit. Woher Deutschland genau zurückkommt, und warum »wir« mal weg waren, das hat der nächste Bundeskanzler dummerweise zu erwähnen vergessen. Aber macht ja nichts: Die Schuldenbremse ist nun für »Verteidigungsausgaben« ausgesetzt, der Blankoscheck fürs Militär steht, und tatkräftig mitgewirkt haben die SPD und die Grünen.
Lars Klingbeil, der Chef der SPD-Bundestagsfraktion, wartete nach der Einigung mit einem Kalenderspruch auf: »Wenn die Geschichte anklopft, dann muss man die Tür öffnen. Weil man niemals weiß, ob es eine zweite Chance dafür gibt.« Nun, welche Geschichte da wohl angeklopft haben mag? Das Jahr 1914 vielleicht? Es wird Lars Klingbeils ewiges Geheimnis bleiben.
Quelle: Jacobin

dazu auch: **Kein Angriffskrieg auf Europa – Warum die Hochrüstungspolitik Deutschlands in die falsche Richtung führt**
Am 13. März 2025 fand eine öffentliche Anhörung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur geplanten Grundgesetzänderung für eine massive Erhöhung der Rüstungsausgaben statt. Der Friedensaktivist und Experte Reiner Braun war als Sachverständiger eingeladen und hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht, in der er die Begründung für die Aufrüstung – die angebliche Aggressivität Russlands – kritisch hinterfragt.
Quelle: pressenza

und: **Historische Abstimmung – Der Weg in den Krieg**
So wie die SPD 1914 ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten für den Kaiser damit

begründete, es ginge um die Verteidigung gegen das zaristische Russland, so wird heute der eigene Angriff auf das Friedensgebot des Grundgesetzes zur antirussischen Notwehr hochstilisiert.
Es war in der Tat eine historische Entscheidung. Mit 513 Stimmen von Union, SPD und der Grünen wurde am gestrigen 18. März 2025 im Bundestag das größte Aufrüstungs- und Verschuldungspaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Für die nächsten zehn Jahre sollen insgesamt mindestens 1,3 Billionen Euro an Schulden aufgenommen werden. Dabei geht es nicht um Verteidigung, wie mantraartig behauptet wird.
Quelle: Overton Magazin

3. **Verlogen und verloren**
   Die Verurteilungen von Trumps Gaza-Plänen aus Deutschland sind scheinheilig. Denn die hiesige Politik unterstützt Israels Vorgehen. (…)
   Die deutsche Unterstützung der genozidalen Politik und die Indifferenz gegenüber einem immer gewaltsameren Besatzungsregime wird komplementiert durch willentliche Ignoranz gegenüber den regionalen Implikationen. Jordanien etwa nimmt seit 1946 Millionen Geflüchtete aus umliegenden Ländern auf. Die Mehrheit der Bevölkerung hat eine Fluchtbiografie. Palästinensische Geflüchtete in Jordanien, die laut UN-Resolution ein Recht auf Rückkehr haben, besitzen größtenteils eine jordanische Staatsangehörigkeit. In diesem Kontext ist das Land einer der Hauptempfänger deutscher „Entwicklungszusammenarbeit“.
   Quelle: Hanna Al-Taher und Benjamin Schütze in taz

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die Feststellung ist nicht neu, muss aber (leider) immer wieder klar und deutlich wiederholt werden.*

   dazu auch: **“Mehr als ein Mensch ertragen kann”: Israels systematische Anwendung sexueller, reproduktiver und anderer Formen geschlechtsspezifischer Gewalt seit 7. Oktober 2023**
   Unabhängige internationale Untersuchungskommission zu den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, und Israel
   Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission für die besetzten Palästinensischen Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem, und Israel legt dem Menschenrechtsrat das vorliegende Konferenzraumpapier über die systematische Anwendung von sexueller, reproduktiver und anderer geschlechtsspezifischer Gewalt durch die israelischen Sicherheitskräfte seit dem 7 Oktober 2023 vor.
   In dem Papier untersucht die Kommission Israels weitreichende Zerstörung des Gazastreifens und die unverhältnismäßige Gewalt gegen Frauen und Kinder, die aus

Israels Kriegsmethoden resultiert, einschließlich der gezielten Angriffe auf Wohngebäude und des wahllosen Einsatzes schwerer Sprengstoffe in dicht besiedelten Gebieten. Er beschreibt die Zerstörung von Palästinensern durch reproduktive Gewalt und Schäden, die sich aus den gezielten Angriffen der israelischen Sicherheitskräfte auf Einrichtungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheitspflege und der zusammengebrochenen Gesundheitsinfrastruktur in Gaza ergeben.
Quelle: Humanrechtsrat 58. Tagung

4. **Bomben und Deportationspläne**
   Die Bundesregierung hält sich mit Blick auf den israelischen Bruch der Waffenruhe im Gazakrieg sowie die erneuten Massaker dort mit Kritik weiterhin zurück. Während führende Repräsentanten der Vereinten Nationen sich „entsetzt" zeigten und die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas die aktuellen israelischen Luftangriffe dort „inakzeptabel" nannte, plädierte Außenministerin Annalena Baerbock zunächst lediglich für „Verhältnismäßigkeit". Die Luftangriffe, bei deren erster Welle am Dienstag bereits 400 Menschen zu Tode kamen – so viele an einem Tag wie seit 2023 nicht mehr –, folgten dabei auf die seit dem 2. März andauernde, bis heute fortgesetzte Blockade des Gazastreifens für sämtliche Hilfslieferungen, die die mehr als zwei Millionen Menschen in dem abgeriegelten Gebiet der Zufuhr insbesondere von Nahrung und Medikamenten beraubt. Hinzu kommen inzwischen öffentlich vorgetragene Pläne der Trump-Administration, die Bevölkerung des Gazastreifens zwangsweise zu deportieren, um an der Küste Luxusresorts zu errichten. Kommt es zur faktischen Kontrolle des Trump-Immobilienclans über den Gazastreifen, dann wären die Hoffnungen Berlins auf größeren Einfluss in Nahost in Gefahr.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu: **Hunderte Tote nach schwerstem Angriff auf Gaza seit Januar**
   Israel beendet Waffenruhe. Die Hamas meldet über 400 Tote. UN-Generalsekretär Guterres schockiert. Ehemalige Geiseln, UN und andere kritisieren den Angriff.
   Quelle: taz

5. **»Man will an mir ein Exempel statuieren«**
   Zuerst hat die Bild-Zeitung Melanie Schweizer, die als Juristin im Arbeitsministerium tätig war, wegen ihrer Palästina-Solidarität diffamiert. Dann wurde sie als Beamtin auf Probe mit sofortiger Wirkung vom Ministerium entlassen. Mit JACOBIN hat sie darüber gesprochen, was ihre Entlassung über den Rechtsstaat in Deutschland aussagt und wie sie dagegen vorgehen wird.
   Quelle: Jacobin

dazu auch: **Felix Klein: Antisemitismusbeauftragter im Dienst der weißen Vorherrschaft**
Obwohl Felix Klein als oberster Kämpfer gegen Antisemitismus auftritt, nutzt er seine Position zur Unterdrückung von Minderheiten, zur Verteidigung rechter israelischer Politik und zur Stabilisierung rassistischer Strukturen in Deutschland. Seine jüngsten Äußerungen zu Trumps Gaza-Plänen sind dabei kein Ausrutscher – sie sind System, meint Iris Hefets von der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost.
Quelle: etos.media

und: **Visum nach Gaza-Protesten widerrufen: Columbia-Studentin „schiebt sich selbst ab“**
Eine Studentin der Columbia University ist nach Kanada geflohen. Die Behörden hatten ihre Aufenthaltsgenehmigung wegen ihrer Teilnahme an Gaza-Protesten widerrufen.
Ranjani Srinivasan, eine indische Doktorandin an der Columbia University, hat sich „selbst abgeschoben“, nachdem ihre Aufenthaltsgenehmigung von der Trump-Regierung aufgehoben worden war. Dies teilten die US-Behörden mit. Im vergangenen Jahr hatte die Studentin an Protesten gegen den Gazakrieg auf dem Campus der Eliteuniversität teilgenommen.
In einem Interview mit der New York Times sagte die 37-Jährige, sie habe beschlossen, aus den USA zu fliehen, nachdem die Einwanderungsbehörden vor etwas mehr als einer Woche in ihrer Universitätswohnung aufgetaucht seien.
Quelle: Berliner Zeitung

6. **Die USA im Nahen Osten: Die Hölle für jedermann**
   Gaza, Jemen, Iran: Im Nahen Osten eskaliert die Gewalt immer weiter. Das liegt auch an US-Präsident Donald Trump, der statt diplomatischer Abwägungen nur Raketenfeuer kennt
   Ihnen drohe die „Hölle“, hatte Donald Trump den Bewohnern Gazas angekündigt, sollte die Hamas die noch festgehaltenen 24 lebenden Geiseln nicht freigeben. Am Wochenende drohte der US-Präsident auch den Huthi im Jemen die „Hölle“ an, falls sie ihre Angriffe auf Schiffe im Roten Meer fortsetzen, mit denen sie die Freigabe von durch Israel blockierten Gaza-Hilfen erzwingen wollen. Die US-Kampfjets, die wenig später Ziele in der Hauptstadt Sanaa bombardierten, kamen vom Flugzeugträger „USS Harry S. Truman“. Dieser war zuvor zweimal von Drohnen und einer Rakete der Huthi überrascht worden.
   Quelle: der Freitag
7. **Heda, Grüne & Umweltschützer, haben wir das jetzt richtig verstanden?**

Sie stimmen einem Verschuldungspaket zu, das vorsieht, das Klima zuerst mit 400 Milliarden für Rüstung komplett zu ruinieren, um es dann mit weiteren 100 Milliarden zu "retten"?
Haben Sie mal in die letzten Umweltbilanzen der Rüstungsindustrie geschaut?
Der Tübinger Informationsstelle für Militarisierung zufolge ist das Militär immer noch „eine der klimaschädlichsten Einrichtungen der Menschheit.": hoher Treibstoffverbrauch, energieintensive Waffenproduktion, Gebrauch, Entsorgung, Verschrottung, Wiederaufbau, überall weggeworfene Kippen und mehr Feinstaub als in 1 Berliner Silvesternacht.
Von Trümmermanagement und Altlasten mal ganz zu schweigen: Munition, chem. Kampfstoffe, Joschka „A." Fischer
PS: Gibt es eigentlich niemanden mehr in der deutschen Presse, dem dieser so offenkundige wie grundlächerliche Widerspruch in der Haltung der Grünen – Rüstung UND Klima – aufgefallen ist? Quellen: Netzwerk Friedenskooperative, Tübinger Informationsstelle für Militarisierung, ganz normale Grünen-Verachtung
Quelle: Martin Sonneborn via X

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Pinocchio Merz und die Grünen: Die Versöhnung von Militär und Müsli setzt Synergieeffekte für Wachstum und Beschäftigung.*

8. **„Die Embargos werden fallen"**
   Erstmals spricht sich ein Politiker der künftigen deutschen Regierungskoalition für die Inbetriebnahme der Erdgaspipeline Nord Stream 2 aus. Wenn „wieder Frieden" zwischen Russland und der Ukraine herrsche, würden „früher oder später" auch „die Embargos" fallen, erklärt der CDU-Abgeordnete Thomas Bareiß im sozialen Netzwerk LinkedIn. Dann könne „natürlich … auch wieder Gas fließen". Bareiß, bis 2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, reagiert damit auf Berichte US-amerikanischer und britischer Medien, denen zufolge US-Geschätsleute die Übernahme der Betreibergesellschaft Nord Stream 2 planen – im Kontext mit der erhofften Friedensregelung zwischen Russland und der Ukraine sowie einer gewissen Annäherung zwischen Washington und Moskau. Eine solche Übernahme verstärkte den US-Einfluss auf die Erdgasversorgung der EU noch mehr. US-Flüssiggas deckte schon 2023 rund die Hälfte des gesamten LNG-Imports der EU. Allerdings steigt auch der Importanteil russischen Flüssiggases wieder. Der noch intakte Strang von Nord Stream 2 könnte etwa 27,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr durchleiten; das wäre rund ein Drittel des deutschen Imports.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu: **Nord Stream: CDU-Politiker denken laut über Gas aus Russland nach**

Russland war einst Deutschlands wichtigster Energielieferant. Mit der Ausweitung des Ukraine-Kriegs kam die Abnabelung. Doch nun wird wieder über Gaspipelines spekuliert.
Gedankenspiele von CDU-Politikern zur künftigen Wiederaufnahme von Gasimporten aus Russland sorgen für Aufsehen. „Schwarz-rot droht hier dem Land einen großen Schaden zuzufügen, wenn sie die hart errungene stärkere Unabhängigkeit von fossilen Energien aus Russland leichtfertig wieder aufs Spiel setzen“, sagte die stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende Julia Verlinden der Deutschen Presse-Agentur in Berlin.
Quelle: Handelsblatt

9. **Politikwissenschaftler Jungherr: „Warnungen vor Desinformation als große Gefahr für die Demokratie sind übertrieben“**
Vor der Bedrohung der öffentlichen Meinungsbildung durch Desinformation wird viel gewarnt. Viele sehen in ihnen eine veritable Gefahr für die Demokratie, doch es gibt auch Stimmen, die dies für alarmistisch halten. Im Interview spricht Andreas Jungherr, Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Digitale Transformation an der Universität Bamberg, über den Forschungsstand zu diesem Thema. Was wissen wir aus der Forschung über die Verbreitung, die Funktionsweise und die politischen Effekte von Desinformation? Warum wird ihre Gefährlichkeit häufig dramatisiert? Und wie transformiert die Digitalisierung politische Öffentlichkeit? […]
„Die meiste Desinformation, der Menschen direkt ausgesetzt sind, sind Lügen oder Verdrehungen durch politische Eliten, die diese entweder direkt oder über traditionelle Medien verbreiten. Das ist aber nicht primär ein Problem der Digitalisierung, sondern ein Problem des Versagens von politischen Diskursen, Eliten und Institutionen.“ […]
„Ich kenne keine belastbaren Studien, die darauf hindeuten, dass eine Wahl auf Basis von Desinformationen entschieden wurde. Insbesondere in Bezug auf die US-Wahl 2016 und den Brexit kursieren teilweise wilde Vermutungen über den wahlentscheidenden Einfluss von Desinformation, die keinerlei wissenschaftlicher Überprüfung standhalten. Das gilt sowohl für die Gerüchte rund um die Rolle von Cambridge Analytica als auch den vermeintlich wahlentscheidenden Einfluss russischer Bots. Ich würde solche Spekulationen vor allem darauf zurückführen, dass sowohl Trumps Wahlsieg als auch der Brexit sehr überraschende Ereignisse waren, die den bisherigen Erwartungen innerhalb der Gesellschaften und medialer und politischer Eliten widersprochen haben. Der Hinweis auf Desinformation bot eine sehr bequeme und entlastende Erklärung, um sich selbst zu vergewissern, dass da kein authentischer demokratischer Wille zum Ausdruck gekommen sein konnte, sondern

das Ergebnis die Konsequenz einer strategischen Manipulation war."
Quelle: pw-portal

Anmerkung des Autors David Kirchner: *Überblick über den Forschungsstand zu „Desinformation", der zeigt, dass der Alarmismus in der öffentlichen Debatte völlig übertrieben ist. Wenn man so will: In der Öffentlichkeit kursiert sehr viel Desinformation über vermeintliche Desinformation.*

dazu auch: **Wie die EU die öffentliche Meinung in ihrem Sinn zu drehen versucht**
Die EU-Kommission finanziert NGOs, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ein neuer Bericht gibt Aufschluss über ein dichtes Netzwerk und sein Wirken. […]
Offiziell sollen diese Programme die Rechtsstaatlichkeit und grundlegende Werte innerhalb der EU fördern. Der 60-seitige Bericht kritisiert jedoch, dass sie zugleich zur Unterstützung einer bestimmten politischen Agenda genutzt würden. Besonders in Mitgliedstaaten, deren Regierungen als EU-kritisch gelten oder nicht vollständig mit den Werten der Union übereinstimmen, kämen diese Programme verstärkt zum Einsatz, heißt es.
Es stellt sich die Frage, ob die Förderung von Bürgerrechten und Gleichstellung tatsächlich ausschließlich dem Allgemeinwohl dient oder ob politische Ziele dahinterstehen.
Quelle: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)

und: **Das Presseorganversagen**
Zwischen den traditionellen Medien und den Mächten, über die sie berichten sollen, gibt es keinerlei Distanz mehr. Exklusivauszug aus „Journalisten und ihre Schatten". Unabhängiger Journalismus, der sich dem Wohl der Bürger verpflichtet fühlt, steht und fällt mit seinem Verhältnis zur Macht. Betrachten sich Politiker und Medienvertreter als Angehörige ein und desselben Milieus oder gar einer gemeinsamen weltanschaulichen Überzeugungsgemeinschaft, ist es vorbei mit der Fiktion einer Presse, die die Regierung kontrolliert. Nicht wenige Kampagnen der letzten Zeit haben das unappetitliche Schauspiel von Journalisten geboten, die der Macht geradezu hörig zu sein schienen. Eine Lösung könnte in der Stärkung der Alternativmedien liegen, die im Zeitalter des Internets boomen und schwerer in ihrer Gesamtheit zu kontrollieren sind. Allerdings müssten diese noch einen Reifungsprozess durchlaufen. Exklusivauszug aus „Journalisten und ihre Schatten: Zwischen Medienkonzernen und unabhängiger Berichterstattung".
Quelle: Manova

10. **Die Wissenschaften fünf Jahre nach Corona**
Wie die Pandemie-Politik eine wichtige Säule der Moderne zum Einstürzen brachte. Versuch einer Zustandsbeschreibung.
„Dadurch, daß immer kleinere Menschen immer größere wissenschaftliche Entdeckungen machen, sind die Naturwissenschaften zu einem der wirksamsten Werkzeuge der Massenkretinisierung geworden." – Erwin Chargaff (1905 – 2002), Bio-Chemiker und Wissenschaftskritiker, zitiert nach „Der Spiegel" 48/1979.
„In einem Zeitalter äußerst komplexer globaler Konstellationen und Kräfte braucht die Demokratie ein gebildetes, umsichtiges Volk mit einem demokratischen Gespür. Das bedeutet: ein Volk, das ein gewisses Wissen über diese Konstellationen und Mächte besitzt; ein Volk, das fähig ist, das, was es über ein ganzes Spektrum von Entwicklungen in seiner Welt liest, sieht oder hört, zu unterscheiden und zu beurteilen; und ein Volk, das an gemeinsamen Anliegen orientiert ist und sich selbst regiert. Dieses Wissen, diese Unterscheidung und diese Orientierung sind das, was eine geisteswissenschaftliche Ausbildung an einer Universität lange Zeit versprochen hat und was jetzt von der neoliberalen Rationalität innerhalb und außerhalb der Universitäten ernsthaft in Frage gestellt wird." – Wendy Brown: „Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört", Frankfurt/M. 2015, S. 240.
Quelle: Bernd Schoepe in Overton Magazin

dazu auch: **Schulschließungen wegen Corona – Die Lehrer tragen Verantwortung**
Vor fünf Jahren führten Corona-Maßnahmen dazu, dass Schulen über Monate hinweg geschlossen wurden. Trotz immenser psycho-sozialer, medizinischer und schulischer Folgen für Millionen von Kindern fehlt bis heute eine pädagogische Aufarbeitung.
Quelle: Cicero